Editorial: Soziale Sicherung - weltweit, nachhaltig, gerecht

Heinz Stapf-Finé¹

In der Regel finden sozialpolitische Fachdebatten in einem nationalstaatlichen Kontext statt, nur gelegentlich wird in vergleichender Perspektive über den eigenen Tellerrand hinaus geschaut, um sich international vergleichend inspirieren zu lassen. Wie befruchtend die Diskussion mit Expertinnen und Experten aus der Entwicklungszusammenarbeit sein kann, zeigte die Ringvorlesung mit dem Titel "Soziale Sicherung – weltweit 1 nachhaltig 1 gerecht" zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, Sie wurde gemeinsam von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Engagement Global und der Professur für Sozialpolitik der Alice Salomon-Hochschule Berlin angeboten.

Vier Themenbereiche wurden in einem hybriden Format diskutiert, die auch den Schwerpunkt dieser Ausgabe der Fachzeitschrift *Sozialer Fortschritt* bilden, um das Diskussionsangebot einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Einführend stellt sich die Frage, welchen Beitrag Soziale Sicherung zu einer nachhaltigen Entwicklungspolitik leisten kann. *Bärbel Kofler*, Parlamentarische Staatssekretärin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstreicht die Bedeutung von Sozialer Sicherung im Globalen Süden. Ohne bestehende Sozialsysteme würde ein Drittel mehr Menschen als bisher unter extremer Armut leben müssen. Wie groß allerdings die Aufgabe ist, zeigt die Tatsache, dass noch immer 53 Prozent der Weltbevölkerung ohne Zugang zu Sozialer Sicherung leben. Größte Herausforderung neben dem politischen Willen ist die angespannte finanzielle Lage in vielen Ländern. Bis 2025 haben sich die G7 das Etappenziel gesetzt, eine Milliarde Menschen mehr sozial abzusichern. Die deutsche Entwicklungspolitik setzt dabei folgende Schwerpunkte: Die sogenannte Systemstärkung, also bessere Einbettung in das Gesamtsystem der Sicherung, Digitalisierung, inklusive Ausgestaltung und bessere Verknüpfung mit benachbarten Politikfeldern, die Soziale Sicherung in einem breiten Verständnis einschließen (bspw. Beschäftigungs-, Steuer- oder Klimapolitik).

Die internationale Perspektive darf hierbei nicht fehlen, *Ndangwa Noyoo* analysiert wie stark die soziale Sicherung in afrikanischen Ländern immer noch sehr von kolonialen Vorstellungen

¹ Stapf-Finé, Prof. Dr. Heinz, Professur für Sozialpolitik, Direktor Europa-Institut für Sozial- und Gesundheitsforschung, Alice Salomon Hochschule, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, stapf-fine@ash-berlin.eu.

und Einflüssen geprägt ist und in diesem Feld noch keine wirkliche De-Kolonialisierung gelungen ist. Und dass bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit mit den sogenannten Partnerländern diese neo-koloniale Politik fortgesetzt wird, anstatt afrikanische Länder zu eigenen Bestimmern ihres Schicksals zu befähigen. Er plädiert für ein Rückbesinnen und die Wieder-Entdeckung prä-kolonialer Modelle wie indigene Bankensysteme oder Lebensmitteltafeln (food banks). Charakteristisch für indigene Soziale Sicherung ist dabei nicht so sehr die Absicherung von individuellen Lebensrisiken im Rahmen kapitalistischer Gesellschaften. Vielmehr stehen kollektive Vorstellungen im Vordergrund und das Eingebundensein und die Funktionsfähigkeit im gesellschaftlichen Rahmen. Die Aufgabe ist groß, um afrikanisches Denken stärker zu etablieren, wird eine Erneuerung des afrikanischen Schul- und Bildungssystems empfohlen.

In prä-kolonialen afrikanischen Gesellschaften hatten Frauen übrigens viel mehr politische Macht und eine stärkere gesellschaftliche Stellung. Welche transformative Wirkung Soziale Sicherung entfalten kann, zeigt der Beitrag von *Esther Schüring* und *Nicola Wiebe* über eine feministische Perspektive auf die Ausgestaltung sozialer Sicherung. Sie wenden ein Analyseinstrument zur Evaluation von Sicherungspolitiken an, um den Grad an Gendergerechtigkeit zu messen: Das reicht von Gender diskriminierend bis Gender transformativ. Zwischenschritte sind: Gender blind, Gender sensibel, Gender responsiv. Anhand von konkreten Beispielen wird aufgezeigt, wie emanzipatorisch und anti-diskriminierend sozialpolitische Maßnahmen eingesetzt werden können. Es wird aber auch deutlich, dass Soziale Sicherung hierbei ihre Begrenzungen hat und eingebettet sein muss in ein ganzes Bündel von Maßnahmen der Transformation von Politik und Gesellschaft.

Sozialer Sicherung kommt in der Transformation zu klimagerechten Gesellschaften eine gewichtige Rolle zu, wie *Stefan Beierl* herausarbeitet. Vulnerable Bevölkerungsgruppen sind vom Klimawandel doppelt herausgefordert. Zum einen sind sie anfälliger für die schädlichen Auswirkungen von Klimafolgen. Zum anderen können Maßnahmen des Klimaschutzes wie die CO2-Bepreisung oder die Streichung von klimaschädlichen Subventionen soziale Ungerechtigkeiten erzeugen. Insofern kommt Sozialer Sicherung auch die Funktion zu, durch eine kluge Politik der Umverteilung die Akzeptanz für Klimaschutzpolitik zu erhöhen. Um die Menschen nicht nur gegen individuelle Lebensrisiken, sondern auch gegen kollektive Umweltrisiken zu schützen bedarf es adaptiver Sozialer Sicherungssysteme, die sich der jeweili-

gen Situation anpassen können. Der Artikel arbeitet Anforderungen hinsichtlich dieser Anpassungsfähigkeit aus. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass überall dort, wo Soziale Sicherungssysteme bestanden, diese auf die Krise recht gut reagieren konnten. Dort wo aber die Not am größten war, fehlten solche Systeme oder waren noch nicht gut ausgebaut. Hier schließt sich der Kreis und es wird klar, vor welch großer Aufgabe Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit stehen, wie eingangs von *Bärbel Kofler* skizziert.